

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 6./7. Juni 2019 in Luxemburg

Die Ergebnisse der Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie (TTE) vom 6./7. Juni 2019, bei der Dossiers aus dem Verkehrs- und Telekommunikationsbereich behandelt wurden, können wie folgt zusammengefasst werden:

VERKEHR

Der Rat nahm eine **allgemeine Ausrichtung zur Verordnung über elektronische Frachtbeförderungsinformationen (eFTI)** an. Dadurch wird ein einheitlicher Rechtsrahmen für die Nutzung der Übertragung digitaler Frachtbeförderungsinformationen geschaffen und somit ein Beitrag zu einer größeren Effizienz des Beförderungssektors geleistet.

Zur **Verordnung über die Schaffung der Maßnahmen zur Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T)** nahm der Rat einen Fortschrittsbericht an. Der Verordnungsvorschlag wurde von rumänischer Präsidentschaft in eine Richtlinie umgewandelt und zielt auf eine Beschleunigung der Umsetzung von Projekten des TEN-T Netzes ab.

Der **Fortschrittsbericht zur Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung gemieteter Fahrzeuge** wurde vom Rat zur Kenntnis genommen. Ziel dieser Richtlinie ist die Schaffung eines Mindestmaßes an Marktöffnung für die Verwendung von Mietfahrzeugen für den Güterkraftverkehr im Binnenmarkt. Unternehmen sollen gemietete Fahrzeuge unter denselben Bedingungen verwenden können, wie Fahrzeuge, die sich bereits im Besitzstand des Unternehmens befinden. Das Dossier weist zahlreiche Schnittstellen zu anderen Bereichen des Mobilitätspaketes I auf (Kabotage, Entsendung, Lenk/Ruhezeiten, Tachograph) auf, weshalb die Verhandlungen zu diesem Vorschlag sehr umstritten waren. Wie zahlreiche Mitgliedsstaaten brachte auch AT inhaltliche Bedenken gegenüber dieser Richtlinie zum Ausdruck; zunächst sollten die übrigen Vorschläge des Mobilitätspaketes I abgeschlossen werden, um die rechtlichen und praktischen Auswirkungen dieser Richtlinie beurteilen zu können.

Der Rat nahm anschließend den vom Vorsitz vorgelegten **Fortschrittsbericht zur Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 1999/62 über die Eurovignette** an. Laut Vorschlag der EK sollte der Anwendungsbereich der Maut- und Benützungsgebühren zusätzlich zu Fahrzeugen über 3,5t höchstzulässiges Gesamtgewicht auf PKW, Busse, Kleinbusse und Kleintransporter ausgedehnt werden. Dabei sollte das PKW-Vignettensystem ab 2028 durch eine fahrleistungsabhängige PKW Maut abgelöst werden, CO₂-Emissionen sollten berücksichtigt werden und die Höchstwerte für die Anlastung externer Kosten entfallen. Auch zu diesem Dossier werden noch weiterführende Arbeiten notwendig sein, da zu einigen Bereichen viele Mitgliedsstaaten, darunter auch AT, inhaltliche Bedenken geäußert haben wie insbesondere zum Auslaufen der PKW-Vignette oder der Ausdehnung des Anwendungsbereiches.

Im Eisenbahnverkehr nahm der Rat einen **Fortschrittsbericht zur Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr** an. Wie auch seitens AT hervorgehoben wurde, soll ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Stärkung der Rechte und des Schutzes der Fahrgäste, insbesondere auch jener mit eingeschränkter Mobilität, und der Wettbewerbsfähigkeit des Eisenbahnsektors hergestellt werden. Auch der Beitrag der Schiene zur Verkehrsverlagerung und zur Erreichung der Klimaziele wurde seitens AT betont.

Unter dem Tagesordnungspunkt „**Sonstiges**“ berichtete die luxemburgische Delegation von der **Bekämpfung von Treibhausgasemissionen und Verkehrsüberlastung durch Preisgestaltung im Luftraumsektor**, seitens der EK erfolgten Informationen zum Thema **Luftraumkapazität** und der Vorsitz informierte über die **RL zur Änderung der RL 2008/96/EG über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur**, über die **VO zur Errichtung eines Single-Window-Umfelds für den europäischen Seeverkehr**, über die **RL über die Förderung sauberere und energieeffizienter Straßenfahrzeuge**, über die **VO zur Fazilität „Connecting Europe“**, über die **RL zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung** und über das Thema „**Ein sauberer Planet für alle: Einen europäische strategische langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft**“. Die EK präsentierte die Ergebnisse der **Studie zu externen Effekten des Verkehrs** und des **Gipfeltreffens EU-China im Bereich der Konnektivität**. Die polnische Delegation berichtete über die Ergebnisse der **Konferenz zum Thema „Vorteile für die Regionen aus der Verwirklichung der VIA Carpatia“**. Zum Abschluss des Verkehrsteiles informierte der zukünftige **finnische Vorsitz** über die Schwerpunkte seines Arbeitsprogrammes, darunter die Trilogverhandlungen zum Mobilitätspaket I, die Arbeiten zur Abschaffung der Zeitumstellung, die Verhandlungen zum elektronischen Frachtpapier, eventuell auch zur TEN-T VO und im Eisenbahnverkehr zu den Passagierrechten.

Im Rahmen des Rates fand ein Treffen mit den Staaten der östlichen Partnerschaft (EaP) statt. Die EK informierte über den Finanzierungsbedarf, um die gemeinsamen Infrastrukturaktionspläne umsetzen zu können; die VerkehrsministerInnen der EaP berichteten über nationale Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur. Eine gemeinsame Erklärung über die Verkehrszusammenarbeit wurde von allen Teilnehmern unterstützt.

TELEKOMMUNIKATION

Der Rat führte eine **Orientierungsaussprache zum Digitalen Binnenmarkt und nahm Schlussfolgerungen zur Zukunft eines hoch digitalisierten Europas nach 2020 an**. Unterstrichen wurden mehrheitlich die guten bereits erzielten Fortschritte bei der Umsetzung des Digitalen Binnenmarkts und der richtige Zeitpunkt der Diskussion der SF zur Zukunft eines digitalen Europas. Thematisch kristallisierten sich in der Debatte die Schwerpunkte digitale Inklusion, eSkills, Künstliche Intelligenz, 5G, Hochleistungsrechner, Konnektivität, Investitionen, gemeinsame Datennutzung und -austausch, europäischer Datenraum sowie die enge Kooperation innerhalb der EU heraus.

Der Rat nahm einen **Beschluss über den auf der Weltfunkkonferenz 2019 (WRC-19) der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) zu vertretenden Standpunkt der EU** zur Festlegung harmonisierter Positionen im Zusammenhang mit Funkfrequenzen insofern an, als der Vorsitz die einstimmig vorliegende Zustimmung der Mitgliedstaaten feststellte. Weiters nahm der Rat einen Fortschrittsbericht zum Verordnungsvorschlag über **Privatsphäre und elektronische Kommunikation (ePrivacy)** zur Kenntnis. Einige Mitgliedstaaten äußerten erhebliche Vorbehalte, auch müsse das Verhältnis der vorgeschlagenen Verordnung zur Datenschutzgrundverordnung geklärt werden, während die Kommission für eine frühzeitige Annahme einer allgemeinen Ausrichtung unter der finnischen Ratspräsidentschaft eintrat.

Unter dem Tagesordnungspunkt „**Sonstiges**“ informierte der Vorsitz über den Stand der Arbeiten zur **Verordnung zur Aufstellung des Programms „Digitales Europa“ für den Zeitraum 2021-2027** und zur **Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit und des Netzes nationaler Koordinierungszentren**. Darüber hinaus erfolgten Informationen des Vorsitzes über **Präsidentschaftsveranstaltungen in Rumänien** und der Tschechischen Republik über die **Konferenz zur 5G-Sicherheit**, die am vom 2. bis 3. Mai in Prag stattfand. Die finnische Delegation stellte ihr **künftiges Präsidentschaftsprogramm** im Bereich Telekommunikation vor. Schwerpunkte werden demnach die Themen ePrivacy und Dossiers im Zusammenhang mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (DEP und CEF) darstellen, weiters Cyberzentren und Fortsetzung der Arbeiten zur Sicherheit von 5G-Netzwerken. Der künftige Vorsitz nimmt eine Orientierungsaussprache und Schlussfolgerungen der Präsidentschaft zu den

Grundprinzipien der Entwicklung der Datenwirtschaft in der Ratsformation TTE im Telekommunikationsteil sowie eine Orientierungsaussprache und mögliche Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Wettbewerbsfähigkeit und Stärken der europäischen audiovisuellen und Medien-Industrie in der Ratsformation Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Aussicht. Angekündigt wurde eine informelle Tagung der Minister/innen für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie) am 5.7.2019, die Woche des Digitalen Verkehrs (Digital Transport Days) vom 7. bis 9.10., die High-Level Conference on Data Economy vom 25. bis 26.11. in Helsinki sowie die Tagung des Rates TTE am 2./3.12.2019. Im Rahmen eines kurzfristig aufgenommenen Tagesordnungspunktes präsentierte der EU Counter-Terrorism Koordinator einen Bericht zu justiziellen Aspekte im Zusammenhang mit 5G. Der Rat nahm die Informationen zur Kenntnis.

Ich stelle im Einvernehmen mit der Bundeskanzlerin und der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

4. Juli 2019

Mag. Andreas Reichhardt
Bundesminister